

02.02.2010 - Universitäten / Rektoren

Rektoren-Chef: Studienplatzfinanzierung auch mit freiem Zugang

Utl.: Mehr Flexibilität bei Leistungsvereinbarungen nötig - Für "Tausch" Gesamtschule gegen Uni-Zugangsregeln=

Wien (APA) - Der Vorsitzende der Universitätenkonferenz (uniko), Hans Sünkel, hält eine Studienplatzfinanzierung auch bei einem freien Zugang zu den Unis für möglich. Bei entsprechender Finanzierung durch den Staat bräuchten die Unis die Möglichkeit, darüber autonom entscheiden zu können, so Sünkel zur APA.

Ein Einstieg in eine solche Finanzierung wäre nicht so schwierig: Anhand der vorhandenen Plätze und der Kosten etwa für Infrastruktur und Personal lasse sich der durchschnittliche Satz für einen Studienplatz errechnen - natürlich nicht auf die letzte Kommastelle genau, so Sünkel. Es gebe aber genügend internationale Beispiele, wo solche Modelle mit bestimmten Bandbreiten bereits vorliegen. Als Beispiel nannte er die Schweiz - "so weit sind wir ja nicht entfernt". Auch an den Fachhochschulen (FH) funktioniere das System bereits - mit der Einschränkung, dass dort die Platzfinanzierung auch mit einer Beschränkung kombiniert ist.

Auf die Frage, ob die derzeit auf drei Jahre abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen zwischen Unis und Staat angesichts der zuletzt von einem Studienjahr auf das nächste stark angestiegenen Studentenzahl noch ein geeignetes Instrument sind, meinte Sünkel: "Sie sind ein sehr geeignetes Instrument, wenn man sie mit entsprechender Flexibilität ausstattet." So könne sich die Inflation rasch ändern, und natürlich müsse es bei der Studentenzahl gewisse Möglichkeiten zur Reaktion geben.

Der Rektoren-Chef hält es für möglich, Studentenströme durch Motivation "sanft" zu steuern - nämlich in die Richtung, in der es dahinter gut ausgestattete "Märkte" gibt. Derzeit gebe es in manchen Studienrichtungen riesige Studentenströme, hinter denen aber umgekehrt nur eingeschränkte Märkte liegen. "Wir haben also beide Seiten der Medaille."

Dem von seinem Vorgänger Christoph Badelt in der "Presse" (Dienstag-Ausgabe) ventilierten Vorschlag eines "Deals" Gesamtschule gegen Uni-Zugangsregeln zwischen SPÖ und ÖVP kann Sünkel "einiges abgewinnen". Damit könne die "Patt-Situation" zwischen den Koalitionsparteien ein Ende finden. Badelt hatte vorgeschlagen, die ÖVP solle einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis 14-Jährigen

zustimmen, die SPÖ im Gegenzug Studiengebühren und vor allem Zugangsregeln an den Universitäten zulassen.
(Schluss) aku/ham

APA0358 2010-02-02/14:28

021428 Feb 10

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.